



Information

Hermann Lehmann

AUSLÄNDERSTOPP

Wer vor zehn Jahren davon sprach, der wurde belächelt oder aber als Ausländerfeind angeprangert. Heute lächelt niemand mehr darüber, und keiner bestreitet es: die Ausländerinvasion wird in der Bundesrepublik Deutschland zu Problem. Unter 60 Millionen Deutschen leben ca. 5 Millionen Ausländer, fast ausschließlich eingewandert aus den Ländern Südeuropas und der Türkei. Zu ihnen gesellen sich noch Hunderttausende aus Asien und Afrika, die als sogenannte Asylanten ins Land kamen.

Wir wollen uns zunächst mit den Ursachen für das Hereinholen von Ausländern befassen, untersuchen also, weshalb die Einwanderung durchgeführt wurde. Danach beschäftigen wir uns mit den Problemen, die sich für Deutsche und Gastarbeiter daraus ergeben, wie auch mit den Argumenten, mit denen die für den Menschenhandel Verantwortlichen das Hierbleiben der Ausländer und deren Integration begründen. Zum Schluß sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, die dazu beitragen sollen, die angesprochenen Probleme - und zwar die aller Beteiligten - zu lösen.

Beschäftigen wir uns also zuerst mit den Gründen, die zum Menschenimport in die BRD führten:

In dieser Republik wird nach liberalistischen Grundsätzen gewirtschaftet. Das bedeutet, daß der Staat so wenig wie möglich in den Wirtschaftsprozeß eingreifen darf, damit das Individuum, das Einzelwesen, seine Kräfte optimal entfalten kann. Dies hat zur Folge, daß die Betriebswirtschaft den absoluten Vorrang vor der Volkswirtschaft besitzt. Somit wird nicht ermittelt, wie hoch der Bedarf des Volkes oder des Staates an Gütern ist, sondern die Produktion von Waren wird so hoch geschraubt, wie Güter abgesetzt werden können. Durch geschickte Werbemethoden und bewußt schlechte Warenqualität wird daher der tatsächliche Bedarf weit übertraffen.

Seit Jahrzehnten wird somit auf wirtschaftliches Wachstum bewußt hingearbeitet, und alle Einwände, daß z. B. die Sicherheit der Umwelt gefährdet ist durch Kernkraftwerke oder die Verunreinigung der Gewässer voranschreitet usw., werden diesem Streben nach Wirtschaftswachstum untergeordnet. Nicht anders ergeht es dabei denen, die auf die Verknappung der Rohstoffe hinweisen.

In einem solchen Wirtschaftssystem wird dann natürlich auch auf die Menschen, die in diesem Prozeß tätig sind, in der Regel kaum Rücksicht genommen. Als nun die Zahl der einheimischen Arbeiter nicht ausreichte, um die Produktion in der von den Industriellen gewünschten Höhe zu erreichen, da sich u. a. auch die Kriegsverluste in Westdeutschland bemerkbar machten - auch die mögliche Rationalisierung in den Betrieben wurde nicht durchgeführt - holten sie - besonders ab 1960 - ausländische Arbeiter in großer Zahl herbei. Diese erhielten für deutsche Verhältnisse einen relativ geringen Lohn. Die dabei entstehenden nationalen und sozialen Probleme der Betroffenen aller Völker haben bei diesen Handlungen nie eine Rolle gespielt. Was interessiert es diese Unternehmer, wenn Millionen Menschen ihrer Heimat, ihrer Familie und ihrem Volke entwurzelt werden?! Diesen modernen Menschenhändlern ist es gleich, woher ihre Arbeiter kommen, welcher Abstammung sie sind und welche Sprachen sie sprechen. Am wesentlichsten war in diesem Wirtschaftssystem und bei den meisten Unternehmern immer, daß der Gewinn stimmte. Alle anderen Überlegungen und Einwände wurden und werden diesem Streben nach Profit untergeordnet.

Neben diesen wirtschaftlichen sind es insbesondere ideologische Gründe, die zum Hereinholen der Fremdarbeiter beitrugen. Mit Ausnahme der Nationalisten haben nämlich alle Parteien und sonstigen Gruppen dieses gemeinsam: den Glauben an die von der Natur gegebene Gleichheit aller Menschen der Erde. Unterschiede, die auftreten - und alle kann man bei besten Willen nicht leugnen, da sie für jederman deutlich sichtbar sind - führen sie ausschließlich auf Umwelteinflüsse zurück. Das gilt für die Marxisten (in SPD,DKP, DGB u. a.) genauso wie für die Liberalisten (FDP, Arbeitgeberverband, bedingt CDU u. a.).

Lassen wir einmal die "Väter" der bedeutendsten internationalistischen Lehren zu Wort kommen: "Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um aus den Lehren des Materialismus von der ursprünglichen Güte und gleichen intelligenten Begabung des Menschen, der Allmacht, die Erfahrung, Gewohnheit, Erziehung, den Einflüssen der äußeren Umstände auf den Menschen, der hohen Bedeutung der Industrie, der Berechtigung des Genusses etc., seinen notwendigen Zusammenhang mit dem Kommunismus und Sozialismus einzusehen.

Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden. Wenn der Mensch von Natur gesellschaftlich ist, so entwickelt er seine wahre Natur erst in der Gesellschaft..." (Karl-Heinrich Marx)

"Die Natur hat mich gut und glücklich erschaffen , und wenn ich anders bin, ist das die Schuld der Gesellschaft." (Rousseau)

Politiker und Verbände, die solchen Geglauubtheiten anhängen - und sich folglich durch Wissensverzicht auszeichnen - wollen die natürlichen Unterschiede zwischen Mensch zu Mensch und Volk zu Volk nicht erkennen. Somit kommt von den Anhängern der internationalistischen Lehren - und solche sind es, die für die politischen Verhältnisse verantwortlich sind - kein Widerstand, wenn Menschen aus fremden Volks- und somit Kulturkreisen in andere exportiert werden.

Im Gegenteil: Als Anhänger der Milieuhypothese begrüßen sie alle Bestrebungen, die ihrem Ziel - One World (Eine Welt) - entgegenkommen.

Einige Aussagen der heute Herrschenden sollen diese Einstellung verdeutlichen. So erklärte der Planungschef im Bundeskanzleramt, Müller, in der Zeitschrift "Geo", Dezember 1980, auf die Frage, ob es ihn gleichgültig lassen würde, wenn in 100 Jahren hier lauter Mustaphas, Muhammeds und Alis herumliefen, in orientalischen Gewändern mit entsprechender Folklore und einem Deutsch mit Akzent: "Wenn die Entwicklung dahin friedlich verlief, kann ich persönlich nichts Schlimmes daran finden."

Und Gunnar Heinsohn und Otto Steiger, beide sind Professoren an der Uni Bremen, meinten über die Folgen der Ausländerinvasion nach Westdeutschland (lt. "Kursbuch" 62/Dez. 1980) : "Ein vielfältiges Gemisch, das einander mehr Anregung und Abwechslung bereiten könnte als die Ude massierter Teutonenhaufen, wäre die aus wirtschaftlichen, aber nicht unaufgeklärtem Kalkül geborene Perspektive."

Es kann nicht verwundern, wenn bei solchen Meinungen auch politische Gründe genannt werden müssen, die das Importieren fremder Menschen in die westdeutsche Republik erst ermöglichten. Theoretisch ist es ja auch denkbar - und Nationalisten täten es, wenn sie könnten, bestimmt - daß der Gesetzgeber der unkontrollierten Einwanderung Einhalt gebietet. Da aber alle Regierungen seit Bestehen des Provisoriums Bundesrepublik Deutschland internationalistische Instrumente waren (und bis heute sind), schufen sie durch eine entsprechende Gesetzgebung die Grundlage zum "Problem Gastarbeiter". So kam es bereits am 25. 3. 1957 in Rom zur Unterzeichnung des EWG-Vertrages, der sogenannten "Römischen Verträge", der allen Angehörigen der EWG-Länder völlige Freizügigkeit und die freie Wahl des Arbeitsplatzes in den beteiligten Staaten ermöglichte. Unwissende oder verräterische Politiker errichteten somit die Basis, um das Tor zum "Schmelztiegel Europa" zu öffnen.

Auch Ausländer aus Nicht-EG-Staaten versucht Bonn, verstärkt anzulocken: Nachdem z. B. EG-Angehörige Kindergeld wie ihre deutschen Kollegen erhalten, bekommen auch die Arbeiter aus Drittländern die gleichen Sätze, wenn ihre Kinder in Westdeutschland leben. Daß dies zum Nachholen der Kinder geradezu einlädt, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung.

Auch Arbeitslosengeld steht ausländischen Arbeitnehmern zu; die Verfügbarkeit für die Arbeitslosenvermittlung ist natürlich Voraussetzung. Einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben EG-Angehörige und ausländische Arbeitnehmer mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis, oder wenn sie einen Anspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis erworben haben.

Auf dieser Grundlage stiegen die Ausländerzahlen immer mehr: Waren noch 1954 erst 70.000 im Lande, so erhöhte sich diese Zahl bis 1959 auf 170.000, bis 1964 auf 1 Million, 1969 auf 2,4 Mio. bis sie heute inzwischen über 5 Mio. erreicht hat. Und es ist kein Ende abzusehen: die Oberfremdung droht.

Etwa die Hälfte der Fremdarbeiter lebt in Großstädten. Allein in Berlin-West sind offiziell 210.000 Ausländer ansässig; die wirkliche Zahl aber dürfte wegen der illegalen Einwanderung bedeutend höher liegen und etwa 250.000 betragen. Über 100.000 davon sind Türken, und das bei einer Entwicklung, die durch Kinderfeindlichkeit der Einheimischen dazu geführt hat, daß in Westberlin jährlich 25.000 Deutsche mehr sterben als geboren werden.

Ähnlich hoch ist die Ausländerzahl in München; in Frankfurt/Main sind es ca. 150.000. Hier betrug der Ausländeranteil an den Schulen in 31 Fällen über 30 v. H., in 8 Fällen über 50 v. H.. Und es gibt 11 Schulen in Frankfurt/Main, in denen die deutschen Schulanfänger in der Minderheit sind.

Nicht anders sieht es in vielen Stadtvierteln der meisten westdeutschen Großstädte aus. Einige Beispiele sollen genügen: In den Schulen von Berlin-Wedding oder -Kreuzberg kommen über 50 % der Schüler aus dem Ausland, in den Schulen Hamburg-Altonas sind es bis zu 70 v. H., und bezogen auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist jeder 6. Schulanfänger des Jahres 1980 ein Ausländerkind.

Nach Angaben der Bundesregierung lebten Ende 1979 4,14 Mio. Ausländer in der BRD. (In Wirklichkeit dürfte die Zahl aufgrund der "Illigalen" bei über 5 Mio. liegen.) Unter diesen befinden sich nach offiziellen Angaben ca. 1 Mio. Kinder unter 16 Jahren, von denen die Hälfte in Deutschland geboren wurde. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei ca. 7 %.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Ausländer ist in letzter Zeit mehr und mehr gestiegen. Ende 1979 lebten z. B. 50 % der nichtdeutschen Bevölkerung länger als 8 Jahre und 32 % mehr als 10 Jahre in Deutschland-West. Allein zwischen 1975 und 1978 wurden mehr als 336.000 Ausländerkinder geboren.

Stark vereinfacht wurde vor allem die Aufenthaltserlaubnis. Nachdem die EG-Angehörige ohnehin Freizügigkeit besitzen, gilt für die anderen Ausländer die am 1. 10. 1978 in Kraft getretene Änderung der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" v. 7. Juli 1978. Danach besteht eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in der Regel bereits nach fünf Jahren, während Ehegatten bereits vorher dieses Recht erhalten können.

Durch einen Beschluß der Bundesregierung vom Frühjahr 1980 sollen die Integrationsbemühungen endlich Früchte tragen. Diese Politik gegen die betroffenen Völker wurde in der Schrift "sozialpolitische Informationen" des Bundesministers für Arbeit- und Sozialordnung am 27. Mai 1980 dargestellt:

Das Bundeskabinett hat ein unter Federführung von Bundesarbeitsminister Ehrenberg erstelltes Integrationsprogramm für ausländische Kinder und Jugendliche verabschiedet. Damit wurden von der Bundesregierung Impulse aufgenommen, die der Ausländerbeauftragte, Ministerpräsident a. D. Kühn, und der Koordinierungskreis "Ausländische Arbeitnehmer" beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gegeben haben.

Zum Integrationsprogramm der Bundesregierung erklärte Ehrenberg: "Besondere Integrationsdefizite in allen Lebensbereichen kennzeichnen die Lage der über eine Million ausländischen Kinder und Jugendlichen. Die soziale Integration der bei uns heranwachsenden Ausländergeneration ist deshalb eine gesellschaftspolitische Schwerpunktaufgabe. Die Bundesregierung hat mit ihren heutigen Beschlüssen die Weichen für ihre schrittweise Bewältigung gestellt..."

Im einzelnen hat das Kabinett beschlossen:

- x Für die zweite Ausländergeneration wird die Einbürgerung erleichtert.*
- x Ausländische Jugendliche sollen grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf die Arbeitsplatzzerlaubnis erhalten.*
- x Die Berufsvorbereitungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche ohne Schulabschluß werden ausgebaut.*
- x Überbetriebliche Ausbildungsplätze für junge Ausländer werden verstärkt gefördert.*
- x Die Ausländer-Sozialdienste werden qualitativ verbessert, personell verstärkt und noch mehr auf die Integration der Jugendlichen ausgerichtet.*

Diese Maßnahmen der Bundesregierung zur Integration der Ausländer führen, da zugleich die Gastarbeiter eine hohe Geburtenrate aufweisen, zu einer Gefahr für das Leben unseres Volkes, auch wenn keine weiteren Ausländer ins Land geholt werden sollten.

Zur selben Zeit nämlich weist unser Volk in der BRD die niedrigste Geburtenrate der Welt auf. Wurden noch 1965 bei tausend Einwohnern ca. 18 Geburten gezählt, so hat sich diese Zahl inzwischen auf etwa 9 gesenkt. Die Existenzbedrohung unseres Volkes, verursacht durch alle Bonner Regierungen und die Profitsucht einzelner Individuen und Gruppen, wird deutlich.

Inzwischen liegt auch die Zahl der Neugeborenen für 1980 vor. Das statistische Bundesamt teilte mit, daß von den 616.802 Geburten in der BRD 13 % (= Ca. 80.000) nicht von deutschen Eltern sind.

So gibt es bei Fortsetzung der Entwicklung - selbst wenn von außen keine neuen Fremdarbeiter mehr hinzukommen - in 50 Jahren nur noch 38 Mio. Deutsche gegenüber 12 Mio. Ausländern.

In Wirklichkeit jedoch ist mit einer weiteren Zuwanderung von Ausländern zu rechnen. So werden in den nächsten Jahren Spanien und Portugal EG-Mitglieder werden, und weitere Fremdarbeiter - bedingt durch die Freizügigkeit und die Möglichkeit, den Arbeitsplatz innerhalb der EG-Mitgliedstaaten zu wählen - drohen einzuwandern. Und nach einem 1963 geschlossenen Vertrag zwischen der EG und der Türkei herrscht auch für die Türken vollständige Freizügigkeit in den EG-Staaten. So werden - wenn nicht noch etwas unvorhergesehenes geschieht - ab 1986 weitere Millionen Türken nach Deutschland kommen.

Auf diese Situation stellt sich inzwischen auch der türkische Gesetzgeber ein. Am 5. März 1981 strahlte RIAS-Berlin in der Sendung "Rias Aktuell" einen Bericht des Rundfunkkorrespondenten Pfeifer aus Ankara aus:

Pfeifer berichtete, daß derzeit Änderungen der türkischen Gesetze vorbereitet werden, die "für uns eine unheimliche Brisanz beinhalten"!

Bislang ist einem Türken gesetzlich nur eine einzige Staatsbürgerschaft gestattet. Ferner dürfen Ausländer im allgemeinen in der Türkei kein Land erwerben oder besitzen. Bei einem Wechsel der Staatsbürgerschaft ging damit einem Landeigentümer in der Türkei sein Eigentumsrecht bislang verloren. Dies hielt - neben einer sehr großen Wertschätzung ihres Türkentums - viele im Ausland befindlichen Türken von einem Wechsel der Staatsbürgerschaft ab.

Nunmehr soll künftig auch eine Mehrfach-Staatsbürgerschaft vom Gesetz gestattet werden. Damit erhofft man sich in Ankara, daß besonders die in der BRD geborenen jungen Türken die westdeutsche Staatsbürgerschaft annehmen und eine Lobby für türkische Interessen in der Bundesrepublik Deutschland bilden. Dabei geht man von der Tatsache aus, daß in den USA die griechischen Einwanderer eine solche Lobby für die Interessen ihrer griechischen Heimat darstellen.

Eine Abwendung der jungen Türken von ihrem Mutterland erwartet man im allgemeinen nicht, da man deren kulturelle Bindungen zur Türkei zu verstärken gedenkt.

Man erwartet, daß die westdeutschen politischen Parteien ein reges Werben um die Stimmen der türkischen Interessenten für bundesdeutsche Staatsbürgerschaften beginnen, und daß sich so der Einfluß der Türkei in der BRD zugunsten der türkischen Wünsche verstärkt.

Die Nationalisten in Westdeutschland haben von Beginn an Recht behalten, wenn sie vor den Folgen der Gastarbeiterinvasion gewarnt haben. (Übrigens ist das Wort "Gastarbeiter" sicher falsch, den 1. läßt man Gäste nicht arbeiten, und 2. will man sie nicht integrieren, sondern sie fahren nach Ablauf einer bestimmten Zeit wieder heim.) Denn ein solcher millionenfacher Menschenimport bringt nicht nur Probleme für die deutsche Republik und ihre Menschen mit sich, sondern sie ist auch mit erheblichen Belastungen und Schwierigkeiten für die Ausländer verbunden.

Sie sind nicht nur ganz andere Menschen als wir, sondern sie lassen auch ihre Heimat, ihr Volk, ihre Verwandten, alles, was sie zu Hause lieb gewonnen haben, zurück. Die Lebensverhältnisse bei uns sind völlig anders, die Sitten, das Verhältnis der Menschen untereinander, von Mann und Frau; und die Verschiedenheit der Sprachen bringt zusätzliche Erschwernisse.

Alles dies hat mit dazu beigetragen, daß die Eingliederung und Verschmelzung mit den Deutschen bis heute nicht erreicht ist. Trotz aller durch die Massenmedien verbreiteten Propaganda wird auch in den 80er Jahren das deutsche Mädchen z. B., das einen Ausländer heiratet, in der Regel von den Deutschen schief angesehen, so daß es bis heute zu großen Verschmelzungen nicht gekommen ist.

Diese Vermischung ist aber auch insbesondere durch die Ghattobildung der Ausländer verhindert worden. In den meisten Städten gibt es ganze Straßenzüge, die nur von Türken, Italienern, Serben usw. bewohnt werden. Sie haben ihre eigenen Kneipen, Vereine usw..

Und je mehr diese Ausländer in ihrer Wohngegend in Konkurrenz zu den Deutschen treten, umso stärker nehmen die Differenzen zwischen den Volksgruppen zu. Auch die Tatsache, daß z. Zt. fast 1 1/2 Mio. Arbeiter in der BRD arbeitslos sind, läßt viele Deutsche äußern, die Fremdarbeiter nähmen ihnen die Arbeitsplätze weg. Ober die wirklichen Gegensätze und Auseinandersetzungen erfährt die Öffentlichkeit kaum etwas, da die Massenmedien gleichgesinnt sind und oftmals nur "volkspädagogisch" erwünschte Berichte liefern.

Nur hin und wieder gelangen - meist in kleineren Zeitungen - manchmal Meldungen wie diese an die Leserschaft:

Da konnte man aus der "Wolfenbütteler Zeitung" vom 30. Juli 1980 dieses erfahren:

" In unserer letzten Mittwochausgabe berichteten wir über das Verhältnis zwischen Türken und Deutschen. Unsere ... Darstellung veranlaßte deutsche Anwohner der Krumpfen Straße , die auf engstem Raum mit Türken zusammenleben, die Situation aus ihrer Sicht zu schildern. In einem Bericht an die Stadtverwaltung machen sie ihrer Empörung Luft. Dreißig Unterzeichner wollen diese Zustände nicht mehr länger hinnehmen, sehen aber auch nicht ein, daß sie als Deutsche nun 'kampflos das Feld räumen', ihre Häuser aufgeben und wegziehen sollen. Zwei von ihnen, Frauen von der Maurenstraße und von der Krumpfen Straße, waren bei uns in der Redaktion und haben über die Verhältnisse in ihrem Wohngebiet berichtet.

Hier das Schreiben an die Stadtverwaltung im Wortlaut:

Es handelt sich um die katastrophalen Zustände auf der Krumpfen Straße. Unsere Kinder können vor 22 Uhr oder noch später nicht einschlafen, da die Türkinder dann immer noch auf der Straße herumgrölen. Man kann kein Fenster auflassen, weil man sonst beim Fernsehen kein Wort mehr versteht. Viele auf der Krumpfen Straße wohnende alte Leute können weder mittags noch abends schlafen und stehen kurz vor einem Nervenzusammenbruch.

Am Tag - gleich welcher Uhrzeit - kommen die Kinder aus dem Haus, ziehen ihre Hose herunter, setzen sich mitten auf den Bürgersteig, machen einen großen Haufen, ziehen die Hose wieder herauf und gehen dann ins Haus zurück. Sagt man daraufhin etwas, so bekommt man zur Antwort: "Mußt wegziehen, Scheißdeutsche".

Ab 16 Uhr, wenn wir von der Arbeit kommen, müssen wir abwechselnd aus dem Fenster gucken, um zu verhindern, daß unsere Autos ganz und gar demoliert werden. Die Kinder steigen sonst auf die Stoßstange und klettern bis auf das Wagendach. Mit Steinen und anderen Gegenständen beschädigen sie den Lack; kein Auto vor unseren Türen bleibt davon verschont.

Es muß dringend behördlicherseits etwas geschehen, da für nichts mehr garantiert werden kann.

Aus den Häusern werden leere Bier- und Schnapsflaschen geworfen. Es herrschen unvorstellbare Zustände!

Einer alten Frau sagen die Kinder "guten Tag" und spucken sie an. Solche und ähnliche Dinge passieren laufend.

In der Maurenstraße hat ein Türke ein Haus gekauft, das er durch einen Holzverschlag vollkommen verschandelt hat. Alle Anlieger schämen sich dieses Gettos. Man könnte meinen, es sei eine Berghöhle aus der Türkei.

Wo leben wir denn eigentlich? In Deutschland oder in der Türkei? Könnten denn die Türken nicht endlich Richtlinien erhalten, die ihnen vorschreiben, wie sie sich in einem Gastland zu verhalten haben?"

Auf diese Ereignisse wurde der bekannte CDU-Politiker Walther Leisler Kiep angesprochen. Er war bis 1980 Finanzminister im Bundesland Niedersachsen und ist jetzt Bundesschatzmeister seiner Partei. Kiep erklärte in einem Interview v. 6. 9. 1980 der "Wolfenbütteler Zeitung":

"Zu Beginn dieser Bewegung (gemeint ist das Kommen der Gastarbeiter) hätten wir erkennen müssen, was auf uns zukommt. Eine Gegenmaßnahme wäre die Errichtung zusätzlicher Produktionsstätten in Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien und in der Türkei gewesen. Das Problem hat uns überfallen, und wir haben nicht erkannt, was alles auf uns zukommen würde....

Ich sehe keine Möglichkeit, aus dieser Misere herauszukommen. Wir haben uns ein Minderheiten- und Rassenproblem ins Land geholt, ähnlich wie es in den USA mit anhaltender Menschenfeindlichkeit besteht."

Aufgrund der im Leserbrief beschriebenen Situation, die von niemandem bestritten wird, machte sich kurz nach der Veröffentlichung eine Abordnung des Stadtrates, bestehend aus Angehörigen der CDU und der SPD, auf den Weg, um eine Ortsbesichtigung durchzuführen.

Die Stadträte kamen zu dem Ergebnis, in der "WZ" vom 26. 9. 80 konnte man es nachlesen: "Verantwortlich für die Zustände im "Türkenghetto" sind im geringsten Maße die dort "hausenden" Türken... Schuld an Verschmutzung und Lärm durch spielende Kinder sind überwiegend die Vermieter, die zwar gern kassieren, sich im übrigen aber gar nicht darum kümmern, ob man in menschenwürdiger Weise dort überhaupt leben kann..."

Eine dümmere Erklärung konnten die Ortsbesichtigter für die Differenzen zwischen Deutschen und Ausländern nicht finden. Und das Schlimme ist, daß es bei ähnlichen Situationen in jeder westdeutschen Stadt gleiche Erklärungen geben kann. Das ist auch der Grund, weshalb wir dieses doch eigentlich recht harmlose Ereignis hier relativ ausführlich behandeln. Dabei ist die Stadt Wolfenbüttel längst keine Großstadt - dort sind die Verhältnisse weitaus krasser - sondern eine kleine niedersächsische Stadt mit knapp 40.000 Einwohnern, in der die ausländische Bevölkerungszahl vergleichsweise gering ist.

Was haben schlechte Wohnverhältnisse damit zu tun, wenn die Türkenkinder bis 22 Uhr auf den Straßen lärmen, daß alte Leute kurz vor Nervenzusammenbrüchen stehen?

Wieso liegt es am schlechten Zustand der Häuser, wenn die Ausländerkinder auf die Straßen gehen, die Hosen herunterlassen, große Haufen machen und, wenn sie von Deutschen angesprochen werden, antworten: "Mußt wegziehen, Scheißdeutsche!?"

Auch das Demolieren der abgestellten Autos, das Herumturnen auf Wagendächern, das Werfen von leeren Bier- und Schnapsflaschen aus Häusern, das Anspucken alter Frauen usw. kann wohl kaum durch schlechte Wohnungsvermieter erklärt werden. Völlig unsinnig ist eine solche Behauptung, wenn gar ein Türke sein eigenes Haus "durch einen Holzverschlag vollkommen verschandelt", so daß man meinen könnte, "es sei eine Berghöhle aus der Türkei". - Und noch eine Frage ergibt sich: Warum ist das Verhalten von Deutschen und Türken - die doch alle in diesem Stadtviertel leben - so verschieden?

Auf die Idee, daß es Folgen hat, wenn man Menschen aus ihrer Heimat in völlig andere Kulturen holt, sind die Herrschenden in diesem Lande offensichtlich noch nicht gekommen.

Es gibt noch eine ganze Reihe unüberwindbarer Schwierigkeiten. Bedingt durch die Umstände - Verlust der Heimat, Sprachschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, Bildung von Slums, Verlust ihrer Kultur usw. - sind viele Ausländer zu Gesetzesbrechern geworden. Leider jedoch liegen nur wenige Untersuchungen über die Ausländerkriminalität vor. Inzwischen aber ist bekannt, daß z. B. die Türken den Rauschgifthandel in der BRD fest im Griff haben. 5 bis 10 to Heroin sind es jährlich, die in Klein- und Kleinstmengen aus der Türkei nach Deutschland fließen. Die Polizei steht vor unlösbaren Aufgaben. Gab es 1970 "erst" 29 Heroin-Tote, so waren es 1976 bereits 325 und 1978 bereits 430 Tote. 1979 starben 623 Menschen in der BRD an Heroin. Etwa 80.000 Jugendliche sind heroïnabhängig.

Dieses Problem aber ist noch vergleichsweise harmlos. Eine funktionierende Gesetzgebende- und Ausführende Gewalt könnte hier sicherlich - wenn man das will - sehr bald Ordnung schaffen.

Riesig dagegen sind die Schwierigkeiten, die an den Schulen sichtbar und in zunehmendem Maße größer werden. Als im Mai 1979 der türkische Erziehungsminister Necdet Ugur die BRD besuchte, erklärte er: "Die Wirtschaftsleute aus ganz Europa hatten große Ideen, aus denen sich ein noch größeres Problem entwickelte. Als es da lag, haben sie sich davon gemacht, und nun haben wir es zu bewältigen."

Und dieses Problem betrifft nicht nur die Türken, die Griechen, Italiener usw., sondern auch die deutschen Kinder, da die Schüler aller Volksgruppen in dieselben Schulen und Klassen gehen.

Sehen wir uns dazu zunächst noch einmal einige Zahlen an. Sie stammen aus dem "Schulreport 3" 1979, der vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus herausgegeben wird.

Die Zahl der ausländischen Schüler hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. 1976 waren in der Bundesrepublik v. 950.000 Ausländerkindern 66 % im Alter bis zu zehn Jahren, 43 % jünger als sechs Jahre, Kinder also, die erst im Laufe der nächsten Jahre in unsere Schulen eintreten. Etwa 1,1 Mio. Kinder von in der Bundesrepublik Deutschland tätigen ausländischen Arbeitnehmern befinden sich noch in ihren Heimatländern. Viele vor Jahren eingereiste ausländische Jugendliche kamen und kommen inzwischen ins heiratsfähige Alter. Bei einer seit 1975 fast konstanten Zahl von etwa 100.000 Ausländergeburten pro Jahr in Deutschland ist bis 1985 eine weitere Million zusätzlicher Ausländerkinder zu erwarten. Da diese Entwicklung einhergeht mit dem Rückgang der deutschen Schüler, da ferner aus vielerlei Gründen die Zahl der deutschen Kinder, die Realschulen oder Gymnasien besuchen, größer sein wird als die ausländischer Kinder, ist damit zu rechnen, daß in Verdichtungsräumen wie München, Nürnberg u. a. die Ausländeranteile in Hauptschulen bis auf 60 % steigen werden, in manchen Stadtteilen noch erheblich darüber. Die Prognose der Landeshauptstadt München spricht von einem 80 %igen Anteil der ausländischen Schüler an einigen Münchner Hauptschulen.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß auch die deutschen Schüler im Lernen zurückbleiben und oftmals kein richtiges Deutsch mehr beherrschen. Die Ausländerkinder lernen die Sprachen ihrer Väter nicht mehr, können dem Unterricht - oft allein der deutschen Sprache wegen, die sie ebenfalls nicht beherrschen - nicht folgen.

Veronika Ebner, eine Lehrerin an einer bayerischen Hauptschule berichtet im bereits genannten "Schulreport", wie es in der Praxis in der Schulklasse aussieht: *In meiner 5. Klasse der Hauptschule in A. ging eines Vormittags während des Zeichenunterrichts nach äußerst zaghaftem Klopfen die Tür auf. Herein kam ein großer, schwarz gelockter Junge mit dunklem Anzug, Krawatte und weißem Hemd. Hinter ihm stand ein ebenso dunkel gekleideter Mann mit Schnurrbart und nestelte nervös an der Jacke des Jungen herum. "Bin ich Vater von Kemal. Kemal großes Junge, schon Schule gehen muß." Dem Jungen stand der Schweiß auf der Stirne, und er war blaß geworden. Ich reichte beiden die Hand - es dauerte jeweils sehr lange, bis mir unter einer tiefen Verbeugung hervor zögernd eine Hand entgegenkam und gleich wieder zurückbezogen wurde. "Gürüb Goooot!" - Die beiden blieben auch nach meiner Aufforderung näher zu treten an ihrem Platz stehen. Ein seltsamer Anblick inmitten dieses Zeichenstundendurcheinander mit bunten Blättern, verschmierten Malkästen, Wasserbehältern, die auch hier und da ein wenig verschüttet waren; einige Schüler mit Schürzen, mehr Farbe an den Händen als auf dem Papier. Ich hatte das Gefühl, den Gästen eine Erklärung abgeben zu müssen. Doch bis ich mich umdrehte, war der Vater weg, und der Junge stand alleine da, mit tief gesenktem Blick.*

Neben der Türe war noch ein Platz frei. Ich setzte Kemal dorthin. Er verstand kein Wort und blickte bis zum Ende des Vormittags nicht mehr auf. Beim Stundenwechsel bat ich einige Jungen, sich ein wenig um Kemal zu kümmern. Wie mir später schien, ein ziemlich vager und dummer Ratschlag. Die Jungen wußten so wenig wie ich, was man mit dem neuen türkischen Mitschüler anfangen konnte, der kein Wort verstand.

Am nächsten Tag kam ich bereits gewappnet mit guten Ratschlägen, einem Anfängerbuch für einen Deutschkurs für Ausländer und mit einem wohlwollenden Sozialverständnis ohne Grenzen in die Schule. Ich hatte sogar schon von einem türkischen Übersetzungsbüro ein Formular für die Erkundung der Personalangaben organisiert. Bereits auf der Treppe vor dem Klassenzimmer empfing mich eine wutschnaubende deutsche Mutter!

Was mir einfiel, einen schlampigen Ausländer neben ihren Sohn zu setzen? - Was da passieren könne. - Und überhaupt! ... Ich kam nicht zu Wort. Kemal schlich zur Türe hinein, im schwarzen Anzug, exakt frisiert, unter den Fünftklässlern ein äußerst ordentlicher Anblick. Ich konnte mit diesem Musterschüler wenigstens fürs erste Eindruck machen.

Die Zahl der ausländischen Schüler in meiner Klasse nahm zu. Sie unterhielten sich miteinander in ihrer Muttersprache, um sich zu erklären, was sie nicht verstanden hatten, später sicher auch über Dinge, die nicht zur Schule gehörten und gerade deshalb, weil sie niemand verstand....

Die folgenden Aussagen ebenfalls direkt Betroffener sollen die Situation an den Schulen verdeutlichen:

Ein griechischer Vater: *Die Sprache des Herzens muß Griechisch bleiben. Griechisch ist und bleibt Pflichtfach.*

Harice, 14, zurückgekehrt nach Istanbul: *Da ich sehr lang in Deutschland in die Schule ging, bin ich in Türkisch sehr zurückgeblieben.*

Paola, 17, aus Kalabrien: *Deutsche jedenfalls wollen wir nicht werden ..., wie weit wir immer auch von zu Hause weg sind, wir bleiben immer Italiener.*

Eine deutsche Kollegin an der neuen Schule: *Was haben Sie eigentlich angestellt, daß Sie zu den Ausländern müssen.*

Ein Schulaufsichtsbeamter: *... aber Sie sind doch eine ganz normale Lehrerin und noch dazu mit guter Qualifikation.*

Eine deutsche Kollegin: *Wieso müssen die ganzen Türken ausgerechnet an unsere Schule kommen?*

Ein deutscher Vater: *Ich nehme mein Kind aus dieser Klasse. Wenn es nach Hause kam, konnte es manchmal nicht mehr richtig deutsch sprechen.*

Die volksbewußten Vertreter aller Volksgruppen haben von Beginn an - da die Ausländer schon hier sind - vorgeschlagen, man solle nach Nationalitäten getrennte Schulen oder Klassen errichten, in denen die Kinder in ihrer Muttersprache, also in der Sprache ihrer Eltern, unterrichtet werden. Deutsch soll danach für Ausländer als Fremdsprache gelehrt werden, denn das "Germanisieren" der fremdländischen Kinder soll verhindert und dadurch die Rückkehr in die Heimat der Vorfahren ermöglicht und gefördert werden.

Wer dies fordert, der respektiert die Eigenart anderer Völker und achtet ihre Kulturen. Leider jedoch ist diese Einstellung nicht bei allen Menschen anzutreffen. Das folgende Zitat beweist es:

Sie werden ja doch hierbleiben. Ausländerkinder, die hier in Deutschland geboren sind, die hier aufwachsen, können doch nicht nach Anatolien geschickt werden. Jemand, der von menschlicher Solidarität nicht nur redet, sondern sie ernst meint, wird wissen müssen, daß sie hier zu bleiben haben, daß wir sie integrieren müssen!

Diese Aussage machte der westdeutsche Bundeskanzler Schmidt vor dem "Deutschen Städtetag" in Kiel am 10. Mai 1979. Jeder anständige Mensch hält sie - wenn er noch nicht ganz umerzogen ist - für unmoralisch und volkszerstörend, da Schmidt

die Ausländerkinder offensichtlich zu Deutschen machen will. Die übergroße Mehrheit der Deutschen in der Bonner Republik allerdings ist gegen alle Herrenmenschen-Ideen. Sie sind daher auch gegen die Eindeutschung der Ausländer und wollen die Rückkehrbereitschaft der Ausländer in ihre Heimatländer gefördert wissen.

Anfang 1979 hatte das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen zum Thema Überfremdung und Einschmelzung eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben. Der Innenminister, Dr. Hirsch, faßte das Ergebnis der Meinungsumfrage im März 1979 zusammen:

50 Prozent der Bevölkerung plädieren für eine Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat. Nur eine kleine Gruppe von 13 Prozent der Bevölkerung tritt dafür ein, diese Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben und als Deutsche mit uns leben zu lassen. Dieses Urteil wird um eine Nuance freundlicher, wenn es um Kinder der Ausländer geht, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind. 38 % der Befragten wünschten auch diese Kinder am liebsten ins Heimatland zurück. 16 % wollen sie als Ausländer tolerieren, nur 27 % befürworten die volle Integration dieser Ausländerkinder in unsere Gesellschaft.

Da diese Einstellung des Volkes den Herrschenden nicht paßt, versuchen sie - insbesondere mit Unterstützung der gleichgeschalteten Massenmedien - diese Haltung zu verändern. Daß dabei vor bewußten Falschmeldungen und dem Verbreiten von Halbwahrheiten nicht zurückgeschreckt wird, erleben wir täglich. Mit den wesentlichsten Unwahrheiten werden wir uns jetzt befassen.

"Erst haben wir die Gastarbeiter gebraucht und ins Land geholt. Sie haben uns den Wohlstand gebracht; jetzt, da wir sie nicht mehr benötigen, sollen sie wieder weggeschickt werden. So geht das nicht!" - Wer hat nicht schon viele unserer westdeutschen Politiker oder Journalisten so reden hören, wenn sie von unseren Bemühungen, einen Ausländerstopp durchzusetzen, Kenntnis erhalten.

Zunächst: Nicht "wir", also das Volk, haben die Ausländer zur Arbeit in die BRD geholt. 1957, als die ersten "Gastarbeiter" nach Westdeutschland geholt wurden, nämlich Italiener, veröffentlichte das Allensbacher Institut für Demoskopie in seinem "Jahrbuch der öffentlichen Meinung" folgendes Umfrageergebnis:

Frage des Instituts: Sind sie dafür oder dagegen, daß italienische Arbeiter nach Deutschland geholt werden? - Nur 20 % sind dafür, 55 % dagegen.

Auch den Wohlstand haben uns die Gastarbeiter nicht gebracht; sie kamen erst zu einem Zeitpunkt ins Land, nachdem das, was man das Wirtschaftswunder nennt, längst Wirklichkeit geworden war. Als nach der Katastrophe von 1945 das völlig zerstörte Deutschland in Schutt und Asche lag, da waren es nicht die Ausländer, die die Ärmel hochkrepelten. Deutsche Menschen, zum großen Teil Frauen, sind es gewesen, die die Grundlagen für den wirtschaftlichen Neuaufbau schufen.

Erst um 1960 begannen westdeutsche Firmen damit, ausländische Arbeiter in großer Zahl und wie Ware in unser Land zu holen. Im Jahre 1964 - noch immer übrigens, das wird leicht vergessen, stellte die CDU den Bundeskanzler - wurde die Millionengrenze überschritten. Somit ist die Behauptung, die Gastarbeiter hätten uns den Wohlstand gebracht, nicht zutreffend.

Daß man die ausländischen Arbeiter dennoch nicht einfach "wegschicken" darf, versteht sich von selbst. Sie sind zunächst Menschen; somit haben sie auch Anspruch auf menschliche Behandlung. Als Humanisten legen wir Nationalisten darauf großen Wert. Etwas später werden wir auf diesen Komplex noch näher eingehen.

Bei gutem Willen der Beteiligten - so wollen uns Bonner Politiker und die gleichgeschalteten Massenmedien einreden - sei eine Integration der Ausländer möglich, weil schon in der Vergangenheit eine solche Verschmelzung in unser Volk geglückt sei. Sie verweisen dabei besonders auf die Einwanderung von Polen um die Jahrhundertwende ins Ruhrgebiet und die der protestantischen Franzosen im 17. Jahrhundert.

Eine solche Begründung ist unkorrekt, da sie nicht berücksichtigt, daß Polen und Franzosen uns weitaus ähnlicher - weil verwandter - sind als z. B. Türken oder Sizilianer. Ferner hatten die Deutschen zu diesem Zeitpunkt auch keine so niedrige Geburtenrate wie heute, und die Anzahl der Einwanderer lag längst nicht so hoch wie jetzt. Die Ansiedlung der aus Frankreich flüchtenden Hugenotten betrug im 17. Jahrhundert z. B. nicht einmal 200.000.

Ferner will man uns einreden, wir brauchten die Ausländer, da die Deutschen keine "Drecksarbeiten" mehr machen wollten. So können wir z. B. in "Das ÖTV-Magazin" Nr. 2 (Febr. 1981), einer Publikation des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, nachlesen: "Sie (die ausländischen Arbeiter) leisten vor allem Arbeiten, die Deutsche oft wegen des dafür gezahlten geringen Verdienstes, unangenehmer Arbeitsbedingungen und des damit verbundenen niedrigen sozialen Prestiges scheuen. Je monotoner, je schmutziger, je unfallträchtiger die Arbeit ist, um so mehr Ausländer sind auf diesen Arbeitsplätzen zu finden."

Zunächst: Wir Deutsche haben viele Jahrhunderte hindurch die erforderlichen "Dreckarbeiten" selbst erledigt, und wir werden dazu auch in Zukunft in der Lage sein. Ja, unsere Achtung vor anderen Völkern sollte uns davon abhalten, unsere "Schmutzarbeiten" von Menschen anderer Nationen durchführen zu lassen. Dies ist nicht nur unmoralisch, es ist auch ein Schritt hin zur Völker- und Menschenverachtung. Wir Deutschen möchten ja auch nicht die Müllmänner Italiens oder Griechenlands sein.

Und haben nicht gerade die heute Herrschenden und die Meinungsmacher in den Massenmedien kräftig dazu beigetragen, den Begriff "Arbeiter" zu verzerren? Hört man nicht immer wieder z. B., dieser sei n u r Schlosser und jener n u r bei der Müllabfuhr? Erwecken die Medien nicht laufend in unserem Volke den Eindruck, der Mensch beginne erst beim Büroangestellten, und richtigen Respekt verdiene man erst nach dem Besuch der Hochschule?

Handwerkliche Berufe genießen heute wenig Achtung. Und die, welche diese Einstellung verursacht haben, sind zugleich jene, die erklären, die Deutschen wollten keine "Dreckarbeiten" erledigen.

Inzwischen hat sich jedoch offensichtlich gerade bei der Müllabfuhr einiges geändert. So war z. B. in der "Bild-Zeitung" bereits am 21. 1. 1977 zu lesen: "Drängerei an den Abfalltonnen: Immer mehr Deutsche suchen Arbeit bei der Müllabfuhr. In Dortmund stehen über 50 Bewerber auf der Warteliste. Das Landesarbeitsamt NRW: 'Es gibt kaum noch Ausländer in diesem krisensicheren Job'. Vor fünf Jahren arbeiteten bei der Dortmunder Müllabfuhr 56 Ausländer, heute sind es nur noch fünf."

Ähnliches wurde inzwischen auch aus anderen westdeutschen Städten bekannt. In Wolfenbüttel sind freie Stellen bei der Müllabfuhr bereits für zwei Jahre im voraus ausgebucht.

Auch die Beschäftigungsart der Ausländer in Westdeutschland muß erst noch genau untersucht werden. Von den 5 Millionen sind höchstens die Hälfte im Arbeitsprozeß tätig. Die anderen sind Familienangehörige, davon allein ca. 500.000 Schüler und weitere 500.000 im Vorschulalter. Auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer ist überdurchschnittlich hoch. Alle diese sind schon mal nicht mit "Dreckarbeit" beschäftigt. Und wer zählt schon die vielen Angestellten in Hotels und Gaststätten in unseren Städten, die aus der Fremde stammen; wieviele Ausländer sind an Opern, Bühnen, Krankenhäusern oder in den verschiedensten anderen Geschäften tätig? Oder machen vielleicht ausländische Studenten oder Ärzte "Dreckarbeiten"?

Fassen wir noch einmal kurz die wichtigsten Folgen, die entstehen können, wenn der Ausländerzuström anhält, zusammen:

- a) Das deutsche Volk droht seinen derzeitigen Charakter aufgrund der Umvolkung in der BRD zu verlieren.
- b) Die Fremdarbeiter büßen die Bindungen zu ihren Heimatländern ein; der Traditionsbruch wird kaum zu überwinden sein.
- c) Durch das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern auf engstem Raum wird es noch vor der Jahrhundertwende zu Rassenkämpfen kommen, gegen die die Staatsgewalt ohnmächtig sein wird. Gruppen, die von Natur her bereits so unterschiedlich programmiert sind, können nicht ohne riesige Konflikte zusammenleben. Die ersten Toten gibt es bereits zu beklagen.

Alle diese Folgen müssen verhindert werden, weil sie das Leben und den Frieden bedrohen und die Substanz unseres Volkes gefährden. Dazu ist notwendig, daß man das Obel bei der Wurzel packt. Das bedeutet, daß die Ausländerzahlen nicht mehr steigen dürfen. Die sich daraus ergebende Forderung lautet:

A U S L Ä N D E R S T O P P !

Darüberhinaus sind Gespräche zu führen mit den betreffenden Ausländern und mit den Regierungen ihrer Heimatländer. Zweck der Gespräche muß sein, nach Lösungen zu suchen, auf welche Weise die Rückkehrbereitschaft der Fremdarbeiter gefördert werden kann. Wenn sie zurückkehren, so sollen sie das nicht, indem sie vertrieben werden. Sie sollen unser Land - wenn das noch irgendwie möglich ist nach der von den Internationalisten geschaffenen Situation - in guter Erinnerung behalten und zu Hause Gutes über Deutschland berichten. Die Freundschaft mit den Völkern der Welt ist schließlich unbezahlbar. Und gerade zwischen Deutschland und der Türkei bestand eigentlich seit Jahrzehnten ein traditionell gutes Verhältnis, so daß die Türken z. B. in den beiden Weltkriegen sich nicht in die Reihen unserer Kriegsgegner einordneten.

Eine Maßnahme zur Förderung der Rückkehrbereitschaft der Ausländer ergibt sich durch die Möglichkeit, heimkehrende Fremdarbeiter finanziell zu unterstützen, damit sie sich zu Hause eine Existenz schaffen können. Alle Geldmittel, die bisher zur Integration der Ausländer zur Verfügung gestellt wurden, müssen zukünftig dazu verwendet werden, den Fremden in der Heimat zu helfen. Wie hoch diese Summe sein könnte, hat wohl noch niemand errechnet. Einige Einzelposten jedoch sind bekannt:

600.000 Deutsche Mark pro Jahr verlangte z. B. der ehemalige "Bundesbeauftragte

für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien", Heinz Kühn.

11,2 Mio. DM waren im Haushalt 1979 der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Einschmelzung der Ausländer in das deutsche Volk vorgesehen.

100.000 DM pro Monat mußte 1980 die Stadt Dortmund aufbringen für die Unterbringung von sogenannten Asylanten.

10 Mio. DM hat allein das CSU-regierte Bayern kürzlich für ein Sonderprogramm zur Eingliederung chinesischer Vietnamflüchtlinge zur Verfügung gestellt.

Ferner fordern wir Nationalisten Kindergeld nur für deutsche Kinder. Die dadurch eingesparten Gelder in Milliardenhöhe können - falls es notwendig ist - ebenfalls noch an rückkehrbereite Ausländer gezahlt werden.

Mit diesen Maßnahmen einhergehen muß ein Bewußtseinswandel, der zumindest kontinental eintreten muß. Das Ausländerproblem betrifft nicht nur die Deutschen, es betrifft schließlich auch die Völker, aus denen die Fremden stammen und darüberhinaus auch alle anderen Nationen. So haben z. B. auch Frankreich, England und die skandinavischen Staaten ihre Sorgen mit Gastarbeitern, so daß diese inzwischen zu einem europäischen Problem geworden sind. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt auch die zu Beginn angesprochenen "Römischen Verträge".

Daher ist es notwendig, daß den internationalistischen Ideologien mit all ihren Vertretern - wo immer diese auch tätig sind - Widerstand entgegengesetzt wird.

Die Schmelztiegel-Extremisten und Ein-Welt-Fanatiker haben die Bedeutung des Nationalismus erkannt. Sein Bestreben, die Vielfalt der Völker - und damit die Vielfalt der Kulturen - zu sichern und zu fördern, gilt es herauszuarbeiten und darzustellen. Eine neue europäische Ordnung, die jedem Volkszugehörigen die Chance bietet, in seinem Volksstaat zu leben, gilt es durchzusetzen.

Diese Nationalstaaten, die dann alle überflüssigen, schädlichen und das Volk trennende Grenzen überwinden, werden dann zum Wohle ihrer Menschen und Völker zusammenarbeiten. Daß dann in einem solchen politischen Klima, in dem sich die Völker gegenseitig achten, kein Platz mehr ist für internationalistische und völkerfeindliche Integrationsbemühungen, liegt auf der Hand.

Führen wir also das nationalistische Europa in der Welt der tausend Völker herbei, damit das Grundrecht auf nationale Identität durchgesetzt wird und ganz Deutschland das Land der Deutschen bleibt.

Das AFP–INFORMATIONSSHEFT „AUSLÄNDERSTOPP“ bringt den Text eines Vortrages, den Hermann Lehmann (BRD) bei zahlreichen Veranstaltungen der AFP in Österreich gehalten hat. Obwohl er sich auf Ziffern und Unterlagen in der BRD stützt, ist er auch grundsätzlich für österreichische Verhältnisse zutreffend und richtig.

**Weitere AFP–INFORMATIONSSHEFTE:
(bitte bei den KOMMENTAREN anfordern!)**

Dr. Rose Eller: VOM SINNGEHALT DES MÄRCHENS

Elena Sanz-Orrioz: BASKENLAND UND FREIHEIT

Dr. Rose Eller: 800 JAHRE STEIERMARK